

Editorium: Ökonomisierung und Konfession: Was bleibt?

Josef Hien und Wolfgang Schroeder

Es ist unbestritten, dass in der DNA des deutschen Wohlfahrtsstaats die ordnungspolitischen Vorstellungen beider Konfessionen verankert sind. Die politische Tiefenprägung der Bundesrepublik ist aufs Ganze betrachtet durch eine doppelte ordnungspolitische Grundstruktur geprägt. Einerseits durch den Konflikt zwischen Kapital und Arbeit und andererseits durch die divergierenden ordnungspolitischen Vorstellungen von Protestantismus und Katholizismus. Spielten in der Arena von Arbeit und Kapital Konzepte einer antagonistischen und auf Klassenmacht aufbauenden Konfliktstruktur lange Zeit eine zentrale Rolle, so konkurrierten in der frühen Bundesrepublik noch eigene katholische und protestantische Ordnungsentwürfe (Schule, Familie, Gewerkschaften etc.), die phasenweise sogar offensiv vorgetragen wurden und konkret identifizierbar das Terrain zu beeinflussen suchten. Aufgelöst wurden diese Konflikte im Laufe der Bundesrepublikanischen Geschichte durch die Meisternarrative der Volksparteien, der Sozialpartnerschaft und der Ökumene. Dabei sind zwei Besonderheiten vorab festzuhalten: Erstens sind die expliziten konfessionellen Einflüsse im Zeitverlauf immer stärker verblasst und beim Gang durch die Oberflächenstruktur von Kapitalismus und Sozialstaat heute meist kaum noch erkennbar. Zweitens sind die Einflüsse des Katholizismus stärker in der sozialstaatlichen Struktur zu identifizieren, während die Einflüsse des Protestantismus sich vor allem in der marktwirtschaftlichen Ordnungsstruktur des Ordoliberalismus niederschlug und –schlägt.

Der Einfluss beider großer Konfessionen auf die Sozialstaatsetablierung nach 1945 ist in der Forschung weitgehend aufgearbeitet worden (*Kaufmann* 2003; *Gabriel* 2013; *Emunds* 2010; *Manow* 2000; 2001; 2016; *Schroeder* 1992; 2017, *Hien* 2012; 2017). Worüber wir weitaus weniger wissen, ist die Frage, wie sich diese DNA über die Jahrzehnte, die man heute als konfessionelle Hochzeit bezeichnet, also die 1950er und frühen 1960er Jahre, hinausgewirkt hat. Folgt man der Modernisierungstheorie, die das beherrschende Paradigma der 1960er und 1970er Jahre darstellt, so kann angenommen werden, dass mit fortschreitender Säkularisierung nicht nur der kirchliche Einfluss auf die Sozialpolitik entfallen würde, sondern auch die Existenz von konkurrierenden, eigenständigen Projekt- und Deutungsangeboten.

In den 1980er und 1990er Jahren konnte im Zuge von Umstrukturierungsversuchen festgestellt werden, dass die christlichen Ideen, die im deutschen Wohlfahrtsstaat institutionell eingebettet sind, sich als weitaus resistenter erweisen als vermutet. Besonders eindrucksvoll zeigen sich die christlich geprägten Akteure in der Familienpolitik. Seit den 1980er Jahren kam es zu mehreren Versuchen, die deutsche Familienpolitik zu reformieren, die allesamt im Sande verliefen. Erst 2006, also 50 Jahre später, kam es durch eine umfassende Reform zur Pfadabweichung von der in den 1950er und 1960er Jahren unter christdemokratischer Führung und starker Beihilfe der Kirchen errichteten Familienpolitik, die auf das Männliche Brotverdiener Modell setzten (*Blome 2018*). Andere Aspekte des vor allem katholisch inspirierten Familienmodells, das die Grundlage des deutschen Wohlfahrtsregimes gebildet hat, wie das Ehegattensplitting, bestehen bis heute fort. Dies verwundert angesichts der Tatsache, dass Deutschland durch einen rasanten Anstieg der Frauenerwerbsquote seit den 1970er Jahren von den hintersten Rängen zur zweithöchsten Frauenerwerbsquote in der Europäischen Union gefunden hat. Außerdem wurden konservativ-katholische Elemente wie das Betreuungsgeld (Herdprämie) nach der Reform sozusagen durch die Hintertür wieder eingeführt (*Hien 2013*).

Ein zweiter Schauplatz, auf dem sich der (noch) Einfluss der Kirchen im und um den deutschen Wohlfahrtsstaat zeigt, ist die massive Bereitstellung von Wohlfahrtsdienstleistungen durch die zu den Kirchen gehörenden Verbände und Einrichtungen von Caritas und Diakonie. Im krassen Gegensatz zu den Entwicklungen von Kirchengang und Kirchenmitgliedern sind diese in den letzten drei Jahrzehnten rasant angewachsen. Caritas und Diakonie sind mit ihren Mitarbeiterzahlen zum zweitgrößten Arbeitgeber der Bundesrepublik (nach dem Staat) geworden und Caritas macht mit ihren ca. 620 000 Mitarbeitern die Katholische Kirche zum größten privaten Arbeitgeber, weit vor den industriellen Giganten der Automobilindustrie. Beobachter sprechen deshalb schon von einem Wandel zur Sozialkirche (*Gabriel 2013*), oder von einem konfessionellen Paradox (*Schroeder 2017*).

Ein dritter Aspekt, an dem sich die Tiefenwirkung der Konfessionellen Aufladung der deutschen sozial- und ökonomischen Nachkriegsordnung auch heute noch zeigt, ist die ordnungspolitische Strategie, die Deutschland gegenüber Krisenstaaten während der Eurokrise verfolgt hat. Diese ist zwar nicht, wie viele Kommentatoren außerhalb Deutschlands heute behaupten, direkt von ordoliberalen Blaupausen geprägt, aber man kann doch immer wieder Appelle an ordoliberale Gemeinplätze und an die dem Ordoliberalismus

zugrundeliegenden protestantische Tugenden in den Rechtfertigungen deutscher Politiker finden. Diese beißen sich vor allem mit den Ordnungsvorstellungen der katholisch geprägten Schuldnerstaaten im Süden der Union und haben eine Lösung der Krise verhindert.

Die bisherige Forschung zu Religion und Politik hat die abnehmende Prägekraft der Konfessionen auf die Deutsche Gesellschaft vor allem mit Indikatoren wie Kirchgang und Kirchenmitgliedschaft untersucht. Der Einfluss der Kirchen auf die Politik wurde durch ihr veto-Spielerpotenzial untersucht, vor allem anhand von Einflussmöglichkeiten auf die moralpolitischen Dimensionen der menschlichen Existenz in Grenzfällen seiner Existenz (Sterbehilfe, In-vitro-Fertilisation, Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften) (Knill und Preidl 2015; Knill, Preidel und Nebel 2014). Das zentrale Feld der konfessionellen Einflussnahme auf die Politik seit den 1950er und 1960er Jahren, im Bereich der Sozial und Wirtschaftspolitik, ist hingegen bisher von der Forschung vernachlässigt worden.

In diesem Heft fragen wir deshalb: Was bleibt heute noch von der konfessionellen Ursprungs-DNA im deutschen Sozialstaat? Dazu haben wir sechs Autoren eingeladen, um Aspekte des deutschen Wohlfahrtsstaats vor dem Hintergrund der konfessionellen Prägung zu analysieren. Im Fokus steht dabei die Transformation des Wohlfahrtsstaates nach 1990. Das Ende des Kalten Krieges, Wiedervereinigung, EU-Binnenmarkt Integration und EU-Ost-Erweiterung entfalteten starken Druck, der durch Weltfinanzkrise und Eurokrise noch verstärkt wurde. Wir beleuchten mit Hilfe von fünf Beiträgen, wie viel von der religiösen Tiefengrammatik des deutschen Sozialstaats noch übriggeblieben ist.

1. Der erste Beitrag von Philip Manow (Universität Bremen) untersucht die konfessionellen Einflüsse auf die ursprünglichen Weichenstellungen des Deutschen Sozialstaats aus vergleichender Perspektive. Dabei lässt Manow seine These vom Modell Deutschland als interkonfessionellem Kompromiss (Manow 2000; 2016) nochmals Revue passieren und hebt die mischkonfessionelle Besonderheit Deutschlands hervor. Der Aufsatz systematisiert den allgemeinen Forschungsstand und integriert eine Reihe seiner eigenen Forschungsprojekte, die bisher nur getrennt publiziert wurden. Manow untersucht im Abschluss, ob dieser interkonfessionelle Kompromiss, der in der DNA des deutschen Sozialstaats steckt als „konfessionelle Gravitationswellen“ in den sozialstaatlichen Reformprozessen der 1990er und 2000er Jahre noch zum Vorschein gekommen ist. Er kommt zu dem Schluss, dass die Pfadabkehr, die mit den Agenda 2010 Reformen eingeleitet wurden, durch die Abschaffung des zentralen Bismarckschen Versprechens der Statussicherheit, das 60 Jahre galt ,als

Abkehr von und Überwindung der im deutschen Wohlfahrtsstaat eingekapselten konfessionellen Einflüsse stand.

2. Der zweite Beitrag von Julian Degan und Clemens Wustmans (Frankfurt/St. Georgen und HU Berlin) beschäftigt sich mit der „Verstummen“ der Stimme der Kirchen im vermögenspolitischen Diskurs der Bundesrepublik. Beide Kirchen waren in den 1950er und 1960er treibende Kräfte in der vermögenspolitischen Debatte und konnten über ihre parteipolitischen Verbindungen auch gut auf die Vermögenspolitik einwirken. Obwohl die asymmetrische Verteilung von Eigentum und Reichtum heute wieder einen Stand wie in den 1950er Jahren erreicht hat und die Debatte darüber international und national an Fahrt gewonnen hat (*Piketty*, aber auch *Fratscher vs. Fuest*), finden *Wustmans* und *Degan* nach einer detaillierten Ideen- und Diskursanalyse von 1950 bis heute, dass die Kirchen sich weitgehend aus dieser Debatte verabschiedet haben. Konfessionell gefärbte Akteure haben weder neue Ansätze entwickelt noch vorgetragen, um der rasant fortschreitenden Einkommensspreizung in Deutschland beizukommen.

3. Der dritte Beitrag von Agnes Blome (FU Berlin) beschäftigt sich mit der wohl weitreichendsten Veränderung der sozialstaatlichen Grundlagen, der Neuausrichtung der deutschen Familienpolitik. Die Rolle der Kirchen in diesem Reformprozess ist bisher erstaunlicherweise unterbelichtet geblieben, obwohl die Kirchen sehr aktiv an der Ausgestaltung der familienpolitischen Institutionen in den 1950er Jahren Mitgewirkt hatten. *Blome* untersucht den Wandel des Familienbildes speziell unter Berücksichtigung der sich ändernden Micro Präferenzen von Wählern mit Kirchenbindung in Deutschland (siehe auch *Blome* 2016; 2017). Sie stellt einen massiven Wertewandel - nicht nur in der Gesamtbevölkerung -, sondern auch bei Individuen mit Kirchbindung zwischen 1992 und 2012 fest. Dieser steht im Gegensatz zur familienpolitischen Position der katholischen Kirche, die seit den 1970er Jahren auf der Stelle tritt. *Blome* zeigt, dass sich die Katholische Kirche deshalb auch gegen die Reform gestellt hat. Paradoxe Weise haben die kirchlichen Wohlfahrtsdienstleister massiv vom Ausbau der „Kundenbetreuung“ im Zuge der Familienpolitik-Reformen von 2006 profitiert. Das zeigt der Beitrag detailliert auf der Grundlage von neuen Daten zum Betreuungsausbau von unter Dreijährigen.

4. Welche enorme Bedeutung letztlich auch die Ordnungspolitik einnehmen kann, dafür steht nicht nur die systembasierte Bipolarität des Kalten Krieges, sondern auch die Debatten und Maßnahmen im Umgang mit den europäischen Krisenländern im Kontext der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 : Es geht dabei vor allem um das Verhältnis von Markt und Staat

und von Korporatismus und Wettbewerb; aber auch von Transfers und Eigenleistungen, die dazu beitragen können, krisengeschüttelte Länder durch externe Hilfen wieder aufzurichten. *Josef Hien* (Universität Mailand/WZB) untersucht im vierten Beitrag „*Ordoliberalismus in der Euro Krise: Protestantische Medizin gegen katholische Liederlichkeit*“ inwiefern sich im Diskurs europäischer Politiker während der europäischen Krise zwischen 2010 und 2015 noch die Solidaritätsbegriffe der beiden großen Christlichen Konfessionen wiederfinden. Dabei kommt es auch zu einer Analyse der Unterschiede der Wirtschaftskulturen am Beispiel des katholisch geprägten Südens und des protestantisch geprägten Nordens, die unterschiedlichen Ansätze zur Lösung der Krise präferieren (siehe auch *Hien* 2017).

5. Die konfessionellen Wohlfahrtsverbände sind die sichtbarsten Akteure, die das konfessionelle Verständnis von sozialer Gerechtigkeit in eigener organisatorischer Verantwortung präsentieren und in diesem Sinne verkörpern sie die konfessionelle Angebotsstruktur in erster Instanz. Was zeichnet diese Verbände heute aus und inwiefern haben sie sich weiter entwickelt und eigene Antworten auf den Wandel des Wohlfahrtsstaates gegeben? *Wolfgang Schroeder* (Universität Kassel/WZB) beleuchtet im fünften Beitrag die Stellung von Caritas und Diakonie im deutschen Wohlfahrtsstaat und fragt nach dem Spannungsverhältnis zwischen Wachstum, Säkularisierung und Vermarktlichung dieser gigantischen Wohlfahrts Dienstleister. Die konfessionellen Akteure sind sowohl durch Säkularisierung wie auch durch die Vermarktlichung sozialer Dienstleistungen unter Druck geraten. Können sie als Antwort darauf, eigene Akzente setzen, die über ihre organisatorischen Selbstbehauptungsinteressen hinausweisen? Oder haben sie kein Interesse an der Weiterentwicklung ihrer etablierten korporatistischen Sonderstellung, die auf Traditionen und einer strukturellen Verbindung mit ihren Kirchen beruht? In der Debatte darüber, ob die Verbände auf den grundlegenden gesellschaftlichen Strukturwandel nur eigeninteressiert und instrumentell reagieren oder ob sie auch eigene pfadabhängige Antworten geben, wird in diesem Beitrag die These vertreten, dass die konfessionellen Verbände auch spezifische Akzente (bspw. durch den Befähigungsansatz) setzen, mit denen die eigene Identität weiter entwickelt wird (siehe auch *Schroeder* 2017).

Die Kirchen haben sich in der bundesdeutschen Gesellschaft zu zivilgesellschaftlichen Akteuren entwickelt, die sich auf der Basis eigener Motivationen, Begründungen, Erfahrungen um die Gestaltung der sozialen Zusammenhänge kümmern, ohne sich zugleich auf katholische oder protestantische Sonderpositionen zu beziehen oder diese generieren zu wollen. Gleichwohl haben sich in den sozialpolitischen Debatten von

Gegenwart und Zukunft konfessionell verankerte Argumentationsfiguren erhalten, die auch weiterhin die Entwicklung der Sozialpolitik begleiten. Was dies für Denkfiguren und Haltungen sind, bedarf aber einer genaueren Erörterung, um so Zusammenhänge sichtbar zu machen, die auf die Innovationsfähigkeit von Sozialpolitik einwirken.

Bis in die 80er Jahre dominierte der Auf- und Ausbau sozialstaatlicher Leistungen, die eng um die klassischen Erwerbs- und Familienverständnisse gruppiert wurden. Seither nehmen sozialstaatliche Aktivitäten zu, die auch andere Erwerbs-, Familien- und Geschlechterverhältnisse reflektieren und insofern auch andere Adressaten haben; mitunter auch divergente sozialpolitische Ziele verfolgen. Aber bedeutet dies gleichsam, dass damit auch Akteure und Ideen aus den konfessionellen Institutionen und ihrem Umfeld außen vor sind, weil sie in dieser veränderten sozialpolitischen Konstellation keine anschlussfähigen Positionen mehr besetzen können?

Auf Grundlage der Forschungsergebnisse, die wir in diesem Sonderheft präsentieren, vertreten wir die Auffassung, dass sich die Kirchen einen Bärendienst damit erweisen, dass sie sich (wie unsere Beiträge zeigen) immer weiter aus der Sozialstaatsdiskussion zurückgezogen haben. Das grundlegende Ordnungsmodell des deutschen Sozialstaats, mit seiner eingebauten subsidiären Ordnung und Ausrichtung auf die Familie, stammt von ihnen. Neue Antworten auf sozialen Wandel und den Wandel von Familien müssen von ihnen entwickelt werden und könnten der deutschen Politik nach wie vor wichtige Impulse geben. Wenn die Kirchen sich nur an ihren eigenen Interessen ausrichten sollten, so wäre dies ausdrücklich zu wenig, um als innovativer Faktor für eine moderne Sozialpolitik zu wirken, die Antworten geben muss auf die neuen sozialen Risiken, die durch die etablierten Sicherungssysteme nicht gedeckt werden. Auf dem Weg zu einem neuen Sozialstaat könnten konfessionelle Impulse eine wichtige Rolle spielen.

Literatur

Blome, A. (2016): "Normative Beliefs, Party Competition, and Work-Family Policy Reforms in Germany and Italy". In: *Comparative Politics*, Vol. 48, No. 4, S. 479-496.

- (2017): *The Politics of Work-family Policies in Germany and Italy*. Routledge Studies in the Political Economy of the Welfare State. London/New York, NY: Routledge, XVIII, 251 S.

Emunds, B. (2010): Ungewollte Vaterschaft. Katholische Soziallehre und Soziale Marktwirtschaft (Ethik und Gesellschaft 1/2010: »Wem gehört die ›Soziale Marktwirtschaft‹?« Herkunft und Zukunft einer bundesrepublikanischen Erfolgsformel).

Verfügbar unter: http://www.ethik-und-gesellschaft.de/mm/EuG-1-2010_Emunds.pdf [01.04.2018].

- (2015): Nell-Breuning und Piketty. Zwei vermögenspolitische Positionen im Vergleich. In: Ders./ Hockerts, H. G. (Hrsg.): Den Kapitalismus bändigen. Oswald von Nell-Breunings Impulse für die Sozialpolitik, Paderborn: Schöningh 2015, 73-94.

Gabriel, K./Reuter, H.-R. (2013): Religion und Wohlfahrtsstaatlichkeit in Deutschland. In K. Gabriel, H.-R. Reuter, A. Kurschat, & S. Leibold (Hrsg.), Religion und Wohlfahrtsstaatlichkeit in Europa, S. 93–140, Tübingen: Mohr Siebeck.

Hien, J. (2012): Competing Ideas: The Religious Foundations of the German and Italian Welfare States. Thesis. Florenz: Europäisches Hochschulinstitut. Verfügbar unter: <http://cadmus.eui.eu/handle/1814/24614> [01.04.2018].

- (2017): The Religious Roots of the European Crisis. Journal of Common Markte Studies. Early View. <https://doi.org/10.1111/jcms.12635>.

Kaufmann, F.-X. (2003): Sozialpolitisches Denken: Die deutsche Tradition. Suhrkamp, Frankfurt am Main 2003.

Knill, C./Preidel, C. (2015): Institutional Opportunity Structures and the Catholic Church: Explaining Variation in the Regulation of Same-sex Partnerships in Ireland and Italy. Journal of European Public Policy 22 (3), 374-390.

Knill, C./Preidel, C./Nebel, K. (2014): Brake Rather Than Barrier: The Impact of the Catholic Church on Morality Policies in Western Europe. West European Politics 37 (5), 845-866.

Manow, P. (2000): Modell Deutschland as an Interdenominational Compromise. CES Working Paper 003.

Manow, P. (2001): "Ordoliberalismus Als Ökonomische Ordnungstheologie." Leviathan 29 (2): 179–98.

Manow, P. (2016): Social Protection, Capitalist Production. The Bismarckian Welfare State in the German Political Economy, 1880-2010. Berlin/ Bremen/ Köln, Bookmanuscript.

Schroeder, W. (1992): Katholizismus und Einheitsgewerkschaft. Bonn: Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger.

Schroeder, W. (2017): Konfessionelle Wohlfahrtsverbände im Umbruch. Wiesbaden: Springer.